

Arbeitskreis will Einbürgerungswillige unterstützen

Hilfe bei Härtefällen



Sie wollen gemeinsam mit der Verwaltung in besonders schwierigen Fällen Lösungen für einbürgerungswillige Migranten finden: Thomas Kittel (Grüne), Uwe Wedekind (Asyl e.V.) und Ole Hammer (SPD). Foto: Fuhrhop

(jan) Hildesheim. Familie H. zum Beispiel: Der Vater arbeitet, um Frau und Kinder zu versorgen, alle Töchter und Söhne haben Realschulabschlüsse oder Fachhochschulreife erreicht, niemand aus der Familie ist bislang mit dem Gesetz in Konflikt geraten, sie leben gerne hier. Alles gut also? Nicht ganz. Die H.s würden sich gerne einbürgern lassen, Deutsche werden. Doch nach wie vor haben sie nur Aufenthaltsgenehmigungen, eine schwer zu durchdringende bürokratische Argumentationskette steht der Einbürgerung nach wie vor entgegen.

Im Kern geht es darum, dass die städtische Ausländerbehörde davon ausgeht, dass die aus dem Libanon nach Deutschland gekommene Familie eigentlich Türken sind, weil Vorfahren aus der Türkei stammten. Doch die Ehe des Paares H. wurde im Libanon geschlossen, die meisten Kinder dort geboren, in türkischen Registern gibt es darüber keine Eintragungen – doch solche will die städtische Ausländerbehörde sehen, bevor sie über eine Einbürgerung nachdenkt. So zieht sich das Ver-

fahren seit Jahren hin, das Leben der H.s ist eine Akte, die immer dicker, aber nicht geschlossen wird.

Uwe Wedekind und der Verein „Pro Asyl“ unterstützen Migranten Tag für Tag, bei besonders schwierigen und langwierigen Fällen wie dem der Familie H. bekommt er nun Unterstützung durch einen neuen Arbeitskreis, einer Art lokaler Härtefallkommission. Anders als das Landtagsgremium arbeitet die Gruppe aber auf informeller Basis, Wedekind hat bereits die Stadtratsmitglieder Thomas Kittel (Grüne) und Ole Hammer (SPD) für das Projekt gewonnen, die nun die anderen Fraktionen ansprechen und jeweils einen Vertreter für die Mitarbeit gewinnen wollen.

Besonders erfreut sind die Initiatoren aber, dass sich im Rathaus auch die für Ausländerfragen zuständige Dezernentin Antje Kuhne für ihr Anliegen offen zeigt. Bei einem ersten Treffen hat sie ihre Bereitschaft signalisiert, besonders strittige „Grenzfälle“ („Davon haben wir ganz, ganz wenige“) von den zuständigen Mitarbeitern der Ausländerstelle noch einmal neu bewerten zu lassen.